

---

## Übertreibt die Schweiz die Demokratie?

---

Der liberale Ökonom Hans Rentsch verblüfft in seinem neuen Buch mit brisanten Thesen. Er wirft die Frage nach den Grenzen der Volksrechte auf. Und weist nach: Referenden führen oft zu einer schlechten Politik.

*Von Markus Schär*



*Bild: zVg*



## Markus Schär

«Mehr Markt für die Schweiz!», fordert Hans Rentsch seit Jahren, eine Wirtschaftspolitik, die das Land weiterbringt, weil sie sich auf die Erkenntnisse der Ökonomen stützt. Dabei macht er sich nicht immer beliebt; als er für Avenir Suisse zur Landwirtschaft forschte, drohten ihm erboste Bauern Schläge an. Jetzt legt er seine Bilanz vor, und er regt auch damit Debatten an: «Die direkte Demokratie», meint Hans Rentsch, «verhindert bessere Lösungen.»

### **Sie spötteln über die Schweiz als «selbsternannte Musterdemokratie». Warum hauen Sie nicht ab, wenn es Ihnen hier nicht passt?**

Ich äussere mich doch im Buch nicht so negativ über das politische System der Schweiz, dass ich gleich abhauen müsste.

### **Aber sehen Sie anderswo ein besseres Politsystem?**

Nein.

Ich sage nur, dass wir übertreiben, wenn wir uns als Demokratie-Weltmeister fühlen. Ich schätze auch das parlamentarische System in Grossbritannien, etwa die Nachwahlen: Wenn ein Parlamentarier stirbt, herrscht ein enormer Wettbewerb um die Nachfolge. In der Schweiz rutscht dagegen einfach jemand von einer Liste nach. Ich glaube, wenn andere Nationen wählen könnten, ob sie das Schweizer System einführen wollen, gäbe es dafür keine Mehrheit. Jedes Land meint doch, es habe das beste System.

**Sie äussern sich in Ihrem Buch wie der Chefredaktor der NZZ, der kürzlich schrieb: «In der Schweiz regiert eine ganz grosse Koalition des Status quo.» Könnte das daran liegen, dass die meisten mit dem Status quo ganz zufrieden sind?**

Offenbar schon. Aber ich zeige auf, dass wir bei vielen Fragen nicht weiterkommen, weil sich die politischen Kräfte blockieren. Nehmen Sie die Reform der Altersvorsorge; daran werkeln wir seit zwanzig Jahren herum, permanent unter Referendumsdrohungen. Ob eine Lösung jetzt gelingt, ist höchst unsicher. Und wenn sie gelingt, dann ist es nur ein fauler Kompromiss.

**Warum?**

Aus ökonomischer Sicht ist die Reform nicht nachhaltig. Da zeigt sich ein Grundproblem: Unser System führt zu einer Polarisierung. In repräsentativen Demokratien kämpfen die Parteien um die Wähler in der Mitte. Bei uns aber lohnt es sich, an den Polen Opposition zu machen. Es gehört auch zum Sonderfall, dass die beiden grössten Parteien die Pole besetzen und in grundlegenden Fragen gegensätzliche Positionen vertreten: Altersvorsorge, Europa, Steuern, Zuwanderung.

**Wir beziehen gerade alle wichtigen Kräfte im Bundesrat und in der Gesetzgebung ein, weil wir Lösungen finden müssen, die vor dem Volk bestehen können.**

Das führt allerdings dazu, dass in der Schweiz viele Bereiche politisiert sind, die man dem Markt überlassen könnte. Die Schweiz ist gar keine offene Volkswirtschaft, wie es immer heisst, sondern nur eine halboffene. Schauen Sie den Index of Economic Freedom des Fraser Institute an. Er wird mir immer um die Ohren gehauen, weil die Schweiz nach Hongkong, Singapur und Neuseeland auf dem vierten Platz steht. Aber Sie müssen genau hinsehen: Weshalb stehen wir so gut da? Wir haben beim Kriterium «Stärke der Währung» eine sehr hohe Punktzahl. Beim Kriterium «Freiheit für den internationalen Handel» stehen wir aber sage und schreibe auf Platz 74, hinter Botswana. Das ist für mich das wesentliche Kriterium. Ich kann im Buch quer durch alle Bereiche zeigen, dass wegen der Volksrechte und der Kantonsinteressen weniger Wettbewerb herrscht.

**Haben die Ökonomen denn immer recht? Sie zitieren den Publizisten R. James Breiding, der meint, die Schweiz müsse**

**«eine Art Flugzeugträger» sein, «im Sinne einer attraktiven Plattform für global ausgerichtete innovative Unternehmen und kreative Personen». Die Einheimischen können doch ganz bewusst sagen: «Das wollen wir nicht.»**

Natürlich können sie das sagen. Ich stelle nur fest: Es wäre nützlich, den Leuten gewisse ökonomische Denkweisen zu vermitteln.

**Sie meinen, das Volk stimme nicht rational ab?**

Das Problem ist das sogenannte *expressive voting*: Oft stimmen Leute nicht über die Sache ab, sondern sie drücken sich symbolisch und emotional aus. Die Chance, dass wir mit unserer einen Stimme das Ergebnis zu unseren Gunsten wenden, steht etwa bei eins zu zwei Millionen. Warum stimmen wir trotzdem ab? Weil wir einen emotionalen Nutzen daraus ziehen, also zum Beispiel jemandem eins auswischen wollen. Ich glaube, die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform wäre mit einem anderen Finanzminister nicht so klar ausgefallen. Nicht wenige Leute dachten doch: «Ueli Maurer gönnen wir den Sieg nicht.» 79 Prozent der BDP-Anhänger stimmten mit Nein, entgegen ihrem grössten Gegner SVP. Beim Energiegesetz kämpfen wir wieder mit dem gleichen Problem: Einige Leute sind doch einfach dafür, weil die SVP das Referendum ergriffen hat.

**Der Reformstau, über den die Kritiker klagen, kommt doch daher, dass der Leidensdruck fehlt: Der Schweiz geht es gut.**

Ja, das anerkenne ich auch. Die wirtschaftliche Offenheit ist nur einer der Faktoren, welche die Lebensqualität bestimmen. In anderen Bereichen haben wir bessere Lösungen, etwa beim Staatsaufbau oder beim Steuersystem: Im Prinzip können wir auf derselben Ebene über die Einnahmen und die Ausgaben entscheiden. Die Schweiz erscheint als Paradox: Wir haben weniger Wettbewerb, aber wir schneiden wirtschaftlich besser ab.

**Wie würde ein Ökonom die Unternehmenssteuerreform lösen?**

Die massgeblichen Ökonomen stimmen überein: Unternehmenssteuern sind generell eine schlechte Idee, denn die Steuerlast tragen immer Individuen, nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Mitarbeiter, die

Lieferanten und die Kunden. Aber damit kommen wir auch nicht weiter, wir stehen ja unter dem Druck der EU und der OECD: Ein Land, das die Unternehmenssteuern abschaffen würde, käme gleich auf eine schwarze Liste. Also müssen wir second best machen: Der Bund erhebt keine Unternehmenssteuern mehr, sondern überlässt sie den Kantonen.

### **Und was würden Sie bei der Altersvorsorge machen?**

Diese Fragen stellen sich immer: Was ist das Ideal? Und wie kommen wir dorthin? Das Ideal ist klar: Wir müssten alle Parameter entpolitisieren. Die Zinssätze sollten von den Kapitalmärkten abhängen, das Rentenalter und der Umwandlungssatz von der Lebenserwartung. Schweden zum Beispiel hat das geschafft. Aber bei uns geht es fast nicht, etwas zu entpolitisieren. Ich sehe generell bei Initiativen und Referenden die totale Asymmetrie: keine für mehr Markt, alle für mehr Staat und mehr Umverteilung.

### **Was heisst das für das ideale Rentensystem?**

Wir kommen wegen des Referendums nie zu einer nachhaltigen Lösung, sondern wursteln uns irgendwie durch. Die Renten sollen gemäss Gesetz die Weiterführung der gewohnten Lebensweise sichern. Das wirkt wie ein Leistungsprimat: Die Renten dürfen nie sinken. Mit der demografischen Entwicklung brauchen wir also immer höhere Einnahmen, wenn das Rentenalter tabu bleibt.

### **Sie schreiben: «In der Schweiz an der politischen Vernunft des Stimmvolks zu zweifeln, grenzt an Blasphemie.» Gibt es denn Grund dazu?**

Ich habe die Vox-Analyse der Volksabstimmung von 2010 angeschaut, als die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6,4 Prozent abgelehnt wurde. Was die Gegner als Motive angaben, ist teils haarsträubend, ein Fall von *expressive voting*. Viele scheinen nicht zu wissen, wie ein nachhaltiges Rentensystem funktioniert. In der Schule lernen sie ja nichts darüber; dafür sollen sie lernen, wie man nachhaltig konsumiert.

### **Mein Staatskundelehrer an der Kanti, nebenbei Vize-Stadtammann von Frauenfeld, brachte mir bei: «Man kann in der Politik nicht alles verstehen. Man muss den Leuten vertrauen, die es verstehen.»**

Klar, das ist rationales Verhalten, ein abgekürztes Verfahren. Die Leute sagen sich: «Weshalb soll ich das ganze Zeug lesen?» Sie folgen dann einfach den Parolen von Personen oder Parteien, mit denen sie sympathisieren.

**Das Ergebnis muss gar nicht schlecht sein. Die Schweizer Ökonomen stimmen jedenfalls bei der Bewertung der direkten Volksrechte nicht miteinander überein.**

Ja, davon gehe ich in meinem Buch auch aus. Die eine Gruppe, jene um Bruno S. Frey, stellt fest, direkte Demokratie mache glücklich; sie will deshalb die demokratische Mitbestimmung eher noch ausweiten. Die andere Gruppe um Silvio Borner warnt dagegen, es gebe ein Optimum der direkten Demokratie; wir sollten damit nicht zu weit gehen. Ich zähle mich zu dieser Gruppe.

**Sie zitieren aber zum Schluss Reiner Eichenberger, einen Schüler von Bruno S. Frey: «Wenn alle Staaten politisch und wirtschaftlich so gut organisiert wären wie die Schweiz, hätte die Welt den Grossteil ihrer drängendsten Probleme gelöst.»**

Er hat schon recht, aber wir sollten nicht überheblich werden: Nur wenige Länder hatten so günstige Ausgangsbedingungen. Und auch da zeigt sich das Paradox der Schweiz; ich denke immer noch darüber nach.

**Hans Rentsch:** Wie viel Markt verträgt die Schweiz? Ökonomische Streifzüge durchs Demokratieparadies. NZZ Libro. 2 6 S., Fr. 47.90

## **Kommentare**

+ ***Kommentar schreiben***

**Marc Dancer**

30.03.2017 | 10.24 Uhr

Die Intro sagt es: "Der LIBERALE Ökonom übrigens kein Prädikat ...." Eben ein Ultra-Liberaler, der wie die Sozialisten kaum demokratisches Gedankengut in sich trägt! Schlechte Politik machen NUR schlechte, korrupte u ideologisch verblendete Politiker, das ist das Dilemma! Dabei wäre ein Phänomen zu untersuchen: Junge Politiker gehen oft sauber, mit viel Elan an die Arbeit. Nach einer gewissen Zeit wandeln sie sich u. werden gleich od. noch viel korrupter wie die "Alten" im System. Was fehlt ist eine gnadenlose, öffentliche Sezierung eines jeden eilnehmers in Politik, Verwaltung u. Bildung!

### **Pedro Reiser**

30.03.2017 | 04.07 Uhr

«Die direkte Demokratie», meint Hans Rentsch, «verhindert bessere Lösungen.» Damit outet sich Rentsch als Anti-Demokrat. Demokratie demos: Volk, kratia: Herrschaft bedeutet Volksherrschaft. Wenn Rentsch meint, kleinere Gruppen Eliten, Oligarchien, Technokraten, etc. könnten bessere Entscheidungen treffen, dann befürwortet er Technokraten- und Elitenregierungen, d.h. Oligarchien. Was das heisst, kann man in Russland, Ukraine und der Türkei sehen. Das soll besser als unsere halb-direkte Demokratie sein? Erzähl das dem Fährimaa!

---